



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Caroline Mall, SVP : Tiefe Studiengebühren sind der falsche Anreiz, um ein Studium in Kürze zu absolvieren**

Autor/in: [Caroline Mall](#)

Mitunterzeichnet von: Brunner, Epple, Halbeisen, Hartmann, Hess, Kämpfer, Klauser, Straumann, Strub, Thüring, Trüssel, Weibel und Wenger

Eingereicht am: 16. Mai 2013

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Staatssekretär Mauro Dell'Ambrogio bringt es in seinem kürzlich erschienenen Interview betreffend tiefe Studiengebühren auf den Punkt. Kantonale Universitäten und Fachhochschulen werden durch den Kanton, Bund sowie durch die Herkunftskantone der Studenten subventioniert. Die interkantonalen Beiträge und die Bundessubventionen, die als Transferzahlungen bezeichnet werden, belaufen sich jährlich auf rund 3 Mia.

Die Gelder werden nicht so verteilt wie sie sollten. Denn Studenten, welche aufgrund von tiefen Gebühren an Hochschulen eingeschrieben bleiben, obwohl sie dort gar nicht mehr studieren, verzerren das Transfersystem markant. Wenn nur 5 bis 10 Prozent der Studenten an einer Universität oder Fachhochschule immatrikuliert sind, das Studium aber nicht weiterverfolgen, werden rund 200 - 300 Mio. Franken intransparent verteilt.

Fazit: Je billiger eine Sache ist, desto geringer ist der Anreiz aufzuhören.

Nun stellt sich für mich die Frage, in wie fern das Finanzierungssystem an der Universität Basel-Stadt und der Hochschulen aufgrund von immatrikulierten Studenten, welche das Studium nicht mehr verfolgen, verzerrt ist?

Gerne bitte ich den Regierungsrat folgende Fragen schriftlich zu beantworten:

1. Wie viele Studenten (sämtliche Studiengänge) waren 2011 und 2012 an der Universität Basel-Stadt und den Hochschulen immatrikuliert, welche das Studium aber nicht mehr verfolgten?
2. Wie sehen diese Zahlen im Vergleich zu anderen Hochschulen und Universitäten in der Schweiz aus?
3. In wie fern hat die intransparente Verteilung von Geldern die Universität Basel und Hochschulen für die Jahre 2011 und 2012 beeinflusst?
4. Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf, Verhandlungen betreffend Studiengebührenerhöhungen für den nächsten Leistungsauftrag der Universität und Hochschulen aufzunehmen, aufgrund der oben beschriebenen Problematik und den bereits politisch eingereichten Vorstössen zu diesem Thema?